



LUDWIGSBURG

Niederschrift

StA H 01/Jam

zum STADTTEILAUSSCHUSS HOHENECK

Nur öffentlich

am Mittwoch, 07.05.2025, 18:00 Uhr, Evangelisches Gemeindehaus  
Wilhelm-Nagel-Straße 59

Dauer: von 18:00 bis 20:00 Uhr

Öffentlich: von 18:00 bis 20:00 Uhr

### **Vorsitz**

Bürgermeisterin Andrea Schwarz

### **Mitglied**

Helma-Christine Blache  
Georg Haslwimmer  
Christine Kirnbauer-Bölling  
Maike Mahlmann  
Michael Roock  
Thomas Schröder

### **Protokollführung**

Sandra Jambor

### **Es fehlen:**

Mitglied

Michael Knör (unentschuldigt)  
Konrad Weyhmann (unentschuldigt)  
Lothar Willner (entschuldigt)

## TAGESORDNUNG

TOP	Betreff	Vorl.Nr.
-----	---------	----------

---

### ÖFFENTLICH

- |   |  |        |
|---|--|--------|
| 1 | Vorstellung des Integrationsrates  |        |
| 2 | Sachstandsbericht STEP und Aktuelles   |        |
| 3 | Beratungspunkte des Stadtteilausschusses Hoheneck<br>- Stadt(teil)planung<br>- Anschlussunterbringung<br>- Grundschule<br>- Infrastruktur<br>- Format Stadtteilausschuss | 094/25 |
| 4 | Verschiedenes  |        |

**Beratungsverlauf:**

BMin **Schwarz** begrüßt die Anwesenden, eröffnet die Sitzung des Stadtteilausschusses Hoheneck und ruft Tagesordnungspunkt 1 auf.

Zwei **Vertreterinnen** des Integrationsrates stellen sich persönlich dem Gremium vor. Anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, gehen sie auf die Arbeit des Integrationsrates ein.

BMin **Schwarz** bedankt sich und schließt diesen Tagesordnungspunkt.

**Beratungsverlauf:**

Die **Stadtteilbeauftragte** berichtet zum Sachstand anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Zu folgenden Themen gibt es weitere Anmerkungen:

2.1 Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit:

BMin **Schwarz** führt anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, in das Thema ein. Die Stadtteil -und Gemeinwesenarbeit sei ein wichtiger Bestandteil von Ludwigsburg, der nicht aufgegeben werde.

2.2 Aktueller Stand Entwicklung STEP-Konzept:

Bei der Onlinebeteiligung im Januar 2025 wurde die Umfrage von 310 Bürgern ausgefüllt. Insgesamt wurden 233 Beiträge und Ideen für Hoheneck eingebracht.

2.4 Installation Trinkbrunnen:

Der Trinkbrunnen sei am Neckar an den Uferwiesen Richtung Anleger errichtet worden, ergänzt die **Stadtteilbeauftragte**.

2.5 Netzwerktreffen Gewerbetreibende 26.03.2025:

Im Ergebnis seien die Gewerbetreibenden mit den Standortfaktoren in Hoheneck zufrieden. Es sei Bedarf an mehr Vernetzung untereinander vorhanden. Das Thema Nahversorgung und mehr Parkplätze vor den Geschäften seien wichtig. Ab Mitte/Ende Mai werde jeden Mittwoch von 8:00 bis 13:00 Uhr ein Feinkosthändler bei der ehemaligen Bäckerei Keil (Ludwigsburger Straße Ecke Wilhelm-Nagel-Straße) italienische Antipasti und Holzofenbrot anbieten.

2.7 Parkraumbewirtschaftung im Stadtteil:

Aus dem **Publikum** wird auf Fremdnutzung der Garagen hingewiesen.

öffentlich

---

BMin **Schwarz** erläutert, dass die Stadt keine Kapazitäten habe, einzelne Garagen zu kontrollieren.

Ein weiterer Hinweis aus dem **Gremium** betrifft die vielen Wohnmobile und Anhänger, die viel Platz einnehmen. Es sollte ein höherer Stellplatzschlüssel für Wohnungen gewählt werden und das Gebiet, in dem ein Anwohnerparkausweis Gültigkeit habe, sollte hoch sein bzw. für ganz Ludwigsburg gelten. Grundsätzlich werde die Parkraumbewirtschaftung befürwortet.

BMin **Schwarz** ergänzt, dass die Stellplätze das Wohnen sehr teuer machen würden und deshalb die Bauträger die Stellplätze passgenau erstellen. Jede Wohnung beteilige sich an den Kosten aller Stellplätze. Die tatsächlichen Kosten eines Stellplatzes können nicht nur auf den jeweiligen Eigentümer umgelegt werden. Dies sei für bezahlbares Wohnen relevant.

öffentlich

---

### **Beratungsverlauf:**

Die **Stadtteilbeauftragte** fährt in der Präsentation fort. Zu folgenden Themen gibt es weitere Anmerkungen:

#### 3.1 Stadtteilplanung:

Das **Gremium** informiert, dass der Eigentümer des ehemaligen „Drehpunktmarkts“ alle Parkplätze vermietet habe und für die Apotheke anscheinend auch kein Parkplatz mehr vorhanden sei.

#### 3.3 Bänke auf dem Neckardamm:

Dem Fachbereich werde übermittelt, dass bezüglich des Sinnes und Zweckes der Seniorenbänke Aufklärungsbedarf (z.B. in Form einer Beschriftung) gegenüber den Nutzer\*innen bestünde.

#### 3.4 Flüchtlingsunterbringung Hackstraße:

BMin **Schwarz** führt aus, dass die Jugendherberge derzeit noch mit einer vorläufigen Unterbringung belegt sei und der Landkreis Einrichtungen in die ursprüngliche Nutzung wieder frei geben möchte. Die Verwaltung wolle Planungssicherheit schaffen, das Gewerbegebiet soll erhalten bleiben, nur der Teil der sozialen Anlagen soll ausnahmsweise für dieses Grundstück angepasst werden. Im Bebauungsplanverfahren soll im Bauausschuss vorberaten und danach im

öffentlich

---

Gemeinderat entschieden werden. Anschließend gehe das Verfahren in die Anhörung, bei der sich die Bürger äußern können. Im Weiteren folgt die erneute Vorberatung im Bauausschuss und dann der Satzungsbeschluss im Gemeinderat. Im jetzigen Planungsrecht können nach § 246 Baugesetzbuch die sozialen Einrichtungen nur für 2x 3 Jahre zugelassen werden. Nach diesen 2x 3 Jahren müsse die Nutzung eingestellt werden. Der Landkreis wolle dort hochwertigere Holzmodule bauen und eine Nutzung von 2x 3 Jahren wäre nicht wirtschaftlich. Nachdem der Pachtvertrag über 18 Jahre laufe, habe der Landkreis angefragt, ob eine Nutzungsdauer über diesen Zeitraum möglich wäre, was eine Bebauungsplanänderung erfordere. Es soll keine Nutzungsänderung des Gewerbegebietes angestoßen werden. BMin Schwarz stellt fest, dass im Krauthof nahezu die gleiche Anzahl an Geflüchteten untergebracht waren, wie nun in der Hackstraße angedacht seien.

### 3.5 Grünflächenpflege:

Das **Gremium** weist drauf hin, dass es sich um die einzige Zuwegung für viele Anliegergrundstücke in dieser hochverdichteten Fläche handle, die teilweise nur durch private Fußwege erschlossen sei. Die Verwaltung werde prüfen und den Stadtteilausschuss informieren, ob es sich um einen öffentlichen oder privaten Weg handle und wer verpflichtet sei eine Durchwegung zu ermöglichen.

### 3.6 Grundschule:

Das **Gremium** erwähnt, dass an der Schule großer Platzmangel herrsche und die Kinder von Geflüchteten bei der Bedarfsplanung bezüglich Kindergärten und Schulen mitberücksichtigt werden müssen.

BMin **Schwarz** erläutert, dass was den Ausbau angehe, die Verwaltung an verschiedenen Stellen tätig werden müsste und sie hoffe, dass dies das Land und der Bund bald erkennen werden. Es sei nicht mehr machbar, all das nachzubauen, was man in diesem Bereich bräuchte. Die notwendigen Finanzmittel dafür werden nicht bereitgestellt. Die Entwicklung der Schülerzahlen müsse betrachtet werden.

### 3.8 eLade-Infrastruktur:

Vom **Gremium** folgt der Hinweis, dass derzeit der Kilowattpreis der SWLB bei 89 ct liege und trage der Tatsache nicht recht, dass sie kein eigenes Angebot habe. Es sei nicht nachvollziehbar, dass der Maximalpreis verlangt werde. Es werde mit einem Treuerabatt geworben, dass man günstig an den Ladestationen Strom laden könne.

Die Verwaltung prüft, ob der geplante Standort für die Stadträder als E-Ladesäule verwendet werden könne.

### 3.9 Glasfaser-Rollout:

Die Verwaltung werde bei der SWLB eine Straßenliste anfordern, aus der ersichtlich sei, wann welche Straße ausgebaut werde.

**Beratungsverlauf:**

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es folgende Anmerkungen:

Sternkreuzung:

Das **Gremium** bringt sein Bedauern zum Ausdruck über die Entscheidung des Gemeinderates, den Radweg an der Sternkreuzung nicht auf der unbenutzten Straße am Schloss entlang verlaufen zu lassen.

Ausfall der Busse:

Das **Gremium** meldet zurück, dass teilweise bis zu vier Busse hintereinander ausfallen. Die Verwaltung werde bei der LVL rückfragen.

Heilbad-Hotel:

BMin **Schwarz** werde sich bei dem privaten Eigentümer nach den Zukunftsplänen erkundigen.

Heilbadweg:

Das **Gremium** fragt an, ob am Heilbadweg Spiegel an den schwer einsehbaren Feldwegen angebracht werden könnten.

Radwegführung Kreuzung Marbacher Straße / Bottwartalstraße:

Das **Gremium** werde der Verwaltung die entsprechenden Unterlagen zu dem Thema nachreichen.

Toiletten Grundschule:

BMin **Schwarz** erinnert daran, dass Toiletten im Schulgebäude nachgerüstet wurden. Viele Toiletten müssen wegen Vandalismus der Schüler geschlossen werden.

Grundstück Hackstraße:

BMin **Schwarz** stellt fest, dass die geplante vorläufige Unterkunft ein Projekt des Landkreises sei und die Stadt nicht an den Kosten beteiligt werde. Der Landkreis sei verpflichtet Plätze für Flüchtlinge vorzuhalten. In Zeiten der Not musste der Landkreis sehr teure Anmietungen tätigen, um Menschen unterzubringen. Mit Blick auf die Steuergelder sei es sinnvoll die sehr teuren Anmietungen zu kündigen und günstigere Unterkünfte zu bauen und vorzuhalten. Der Landkreis werde nur bauen, sofern ein Bedarf vorliege.

Nachdem es keine weiteren Einbringungen gibt, bedankt sich BMin **Schwarz** bei den Anwesenden und schließt die Sitzung des Stadtteilausschusses.

-----  
**Unterschriften:**

**Vorsitz:**

**Schriftführung:**

**BMin Schwarz**

**Jambor**

**Anlagen: Präsentation**

Gemeinderatsprotokoll – Versand: